



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/2215, 17/3969

Zukunftsfähige Mobilität für Bayern: Der Bund muss eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherstellen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund weiterhin für eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs einzusetzen, entsprechende Maßnahmen für eine auskömmliche und langfristig gesicherte Finanzierung zeitnah zu realisieren und dabei nachfolgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Eine Nachfolgeregelung für die Fortführung der Gemeindeverkehrsfinanzierung nach dem GVFG-Bundesprogramm über 2019 hinaus muss den Ländern und Kommunen Planungssicherheit geben.
2. Wegen des hohen Bedarfs sind die bis Ende 2019 verstetigten Entflechtungsmittel für den ÖPNV und den kommunalen Straßenbau über 2019 hinaus fortzuführen und zu steigern.
3. Die Ausgestaltung der zukünftigen Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur muss auch, insbesondere mit Blick auf die Kommunen, den erheblichen Bedarf an zum Bestandserhalt notwendigen Investitionen berücksichtigen.
4. Eine deutliche Aufstockung sowie eine höhere Dynamisierung der Regionalisierungsmittel für die Bestellung von SPNV-Leistungen muss eine Weiterentwicklung des Angebots im Schienenpersonennahverkehr ermöglichen und den gestiegenen und weiter steigenden Kosten insbesondere für Trassen, Stationen, Löhne und Energie gerecht werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident